

Theorie und Praxis der Funktion der Gewerkschaften in den Ländern des „real existierenden Sozialismus“

Prof. Dr. Iring Fetscher, geb. 1922 in Marbach am Neckar, Studium in Frankfurt und Paris 1945 bis 1950, seit 1960 ord. Professor für Politikwissenschaft in Frankfurt/M. Gastprofessuren in Tel Aviv, New York, Cambridge, Canberra, Nijmegen.

Die Rollenzuweisung der Gewerkschaften bei Trotzki und Lenin

Die revolutionäre Bedeutung des Auftauchens „unabhängiger Gewerkschaften“ in Polen wird erst richtig deutlich, wenn man sie vom Hintergrund der offiziellen Gewerkschaftsorganisationen in den Ländern des „real existierenden Sozialismus“ abhebt. Diese Gewerkschaften sind in den Jahren nach der Oktoberrevolution immer mehr zu Organen des Staates und der Disziplinierung der Arbeiterklasse geworden. Am Anfang dieser Entwicklung steht die Trotzki'sche These von der „Militarisierung der Arbeit“, derzufolge Hauptaufgabe der Gewerkschaften nach der Eroberung der Staatsmacht durch die „Avantgarde der Arbeiterklasse“, die Kommunistische Partei, vor allem in der „Disziplinierung und Produktionssteigerung“ besteht.

In seiner gegen Karl Kautskys Kritik an der Sowjetdiktatur gerichteten Schrift „Terrorismus und Kommunismus“ schreibt Trotzki u. a.: „Die Diktatur des Proletariats bedeutet ihrem innersten Wesen nach die unmittelbare Herrschaft des revolutionären Vortrupps, der sich auf die schweren Massen stützt und erforderlichenfalls das zurückgebliebene Ende zwingt, sich nach der Spitze zu richten. Das gilt auch von den Gewerkschaften. Nach der Eroberung der Macht durch das Proletariat nehmen sie einen Zwangscharakter an. Sie müssen alle Industriearbeiter umfassen. Die Partei nimmt nach wie vor die bewußtesten und selbstlosesten von ihnen in ihre Reihen auf. Sie erweitert ihre Reihen nur unter strenger Prüfung. Hieraus entspringt die Führerrolle der kommunistischen Minderheit in den Gewerkschaften, die die Herrschaft der Kommunistischen Partei in den Sowjets entspricht und der politische Ausdruck für die Diktatur des Proletariats ist“. „Die Gewerkschaften werden zu unmittelbaren Trägern der gesellschaftlichen Produktion. Sie drücken nicht nur die Interessen der Industriearbeiter, sondern auch die Interes-

sen der Industrie selbst aus. ...Die Gewerkschaften werden zu Vollstreckern der Arbeitsdisziplin. Sie verlangen von den Arbeitern angestrenzte Arbeit unter den schwierigsten Verhältnissen, soweit der Arbeiterstaat noch nicht imstande ist, diese Verhältnisse zu ändern. Die Gewerkschaften führen die revolutionären Repressalien gegen die undisziplinierten zügellosen Schmarotzerelemente der Arbeiterklasse durch. Von der trade-unionistischen Politik, die bis zu einem gewissen Grade von der Gewerkschaftsbewegung im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft untrennbar ist, gehen die Gewerkschaften auf der ganzen Linie zur Politik des revolutionären Kommunismus über."¹

W. I. Lenin hat sich seinerzeit gegen Trotzki's extrem autoritäre Auffassung von der Funktion der Gewerkschaften scharf abgegrenzt und betont, daß die Gewerkschaften keine staatliche, sondern eine gesellschaftliche Organisation sind und daher die Arbeiterklasse nicht beherrschen und verwalten, sondern lediglich erziehen können. „Die Gewerkschaften“, sagt er am 30. Dezember 1920, „stehen im System der Diktatur des Proletariats, wenn man sich so ausdrücken darf, zwischen der Partei und der Staatsmacht. Beim Übergang zum Sozialismus ist die Diktatur des Proletariats unvermeidlich, aber diese Diktatur wird nicht durch eine alle Industriearbeiter erfassende Organisation verwirklicht.“ Ganz ähnlich wie Trotzki betont Lenin, daß die Partei, als Avantgarde der Arbeiterklasse, die Diktatur ausübt. Die Gewerkschaften aber stellen nach ihm „die Verbindung der Avantgarde mit den Massen her“ und zwar dadurch, daß „sie durch die tägliche Arbeit die Massen jener Klasse überzeugen, die allein imstande ist, uns vom Kapitalismus zum Kommunismus überzuleiten... Man kann die Diktatur nicht verwirklichen ohne einige Transmissionen' von der Avantgarde zur Masse der Werktätigen.“²

Noch deutlicher setzt sich Lenin von der Trotzki'schen Position ab, nachdem während der Periode der „Neuen Ökonomischen Politik“ (NÖP) in gewissem Umfang mittlere Betriebe auf privatkapitalistischer Basis wieder zugelassen worden sind, in denen daher die Gewerkschaften ihre klassischen Schutz- und Verteidigungsfunktionen von unmittelbaren Arbeiterinteressen wahrzunehmen haben. Gegenüber diesen Privatunternehmen müsse die Gewerkschaft „mit allen Mitteln die Klasseninteressen des Proletariats verteidigen“. Es sei nötig, „Konfliktkommissionen, Streikfonds, Fonds für gegenseitige Hilfe usw. zu bilden.“³ Es ist sicher kein Zufall, daß in diesem Zusammenhang ausdrücklich auch gewerkschaftliche Abwehrrechte gegenüber Staatsbetrieben zugestanden werden, die ja — in der Periode der NÖP - nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten geleitet werden sollten: „Was Fragen der Arbeitsbedingungen im Betrieb betrifft, so wird es unausbleiblich einen

1 Zit. nach L. Trotzki. Grundfragen der Revolution, Hamburg 1923, S. 124 f.

2 Zit. nach W. I. Lenin. Ausgewählte Werke in 12 Bänden. Bd. 9, S. 4 ff.

3 Zit. nach W. I. Lenin. Über den Parteaufbau. S. 772

gewissen Interessengegensatz zwischen den Arbeitermassen und den leitenden Direktoren der Staatsbetriebe oder der Ressorts, zu denen diese gehören, geben. Darum haben die Gewerkschaften in bezug auf die sozialisierten Betriebe unbedingt die Pflicht, die Interessen der Werktätigen zu verteidigen, zur Hebung ihres Lebensstandards im Rahmen des Möglichen beizutragen, indem sie ständig die Fehler und Übertreibungen der Wirtschaftsorgane korrigieren, soweit diese bürokratischen Auswüchsen des Staatsapparates entspringen".* In Fällen, in denen anders keine Abhilfe zu erreichen sei, billigt Lenin den Gewerkschaften daher auch gegen Staatsbetriebe ein Streikrecht zu. Prinzipiell müsse sich aber die - von der Partei geführte — Gewerkschaft stets auf die Seite der neuen Staatsmacht stellen. Als Schlichtungsinstanz in einem Streit zwischen den Gewerkschaftsmitgliedern eines Betriebes und der Einmann-Betriebsleitung bietet sich allein die Avantgarde-Partei an, in der die Leitungsfunktionen sowohl der staatlichen Organe (anfangs „Sowjets“) als auch aller gesellschaftlichen Organisationen zusammenfließen. Streiks dürfen daher nie bis zu einer prinzipiellen Infragestellung der staatlichen Herrschaftsordnung gehen, sondern dürfen sich nur „gegen bürokratische Auswüchse“ des Staatsapparates richten.

In einem ausführlichen Artikel vom 25. Januar 1921 kommt Lenin noch einmal auf seine Kritik an Trotzki zurück und betont: „Es ist falsch (zu sagen, daß die Gewerkschaften, die alte Grundlage ihrer Existenz, den wirtschaftlichen Klassenkampf verloren haben), das ist eine voreilige Übertreibung (Trotzkis): wohl haben die Gewerkschaften eine solche Grundlage wie die des wirtschaftlichen Klassenkampfes verloren, aber sie haben noch lange nicht verloren und werden leider noch für viele Jahre hinaus nicht verlieren können die Grundlage des nichtklassenmäßigen wirtschaftlichen Kampfes im Sinne des Kampfes gegen die bürokratischen Auswüchse des Sowjetapparates, im Sinne der Wahrnehmung der materiellen und geistigen Interessen der Masse der Werktätigen durch Wege und Mittel, die diesem Apparat unzugänglich sind usw.“⁵

Lenin sieht offenbar deutlich die schwierige Doppelrolle, die der Gewerkschaftsorganisation in der Sowjetunion zugeordnet ist: einerseits soll sie eine Institution zur Verteidigung der unmittelbaren materiellen und geistigen Interessen der Masse der Arbeiter sein und sie muß dies auch sein, weil sie auf andere Weise kaum das Vertrauen ihrer Mitglieder gewinnen und behalten kann. Auf der anderen Seite aber soll sie auch — unter ihrer parteilichen Führung - eine Art „Schule für die klassenbewußten Proletarier“ und die künftigen Leiter des Sowjetstaates sein, sowie teilweise zumindest durch ihre Funktionäre an der Leitung der Wirtschaft „partizipieren.“ Die eine Aufgabe verlangte und ermöglichte eine gewisse demokratische

4 a.a.O.

5 a.a.O., S. 78

Struktur: die Aufnahme von Wünschen und Forderungen „von unten“. Die andere war von vornherein autoritär und zentralistisch orientiert. Die Partei und ihre oberste Führung legte fest, wie die Produktion organisiert werden sollte (Einmannleitung, ohne innerbetriebliche Mitbestimmung) und was die vordringlichen Produktionsziele zu sein hatten (Primat der Schwerindustrie usw.). Die Gewerkschaften aber durften nicht nur gegen solche Entscheidungen keinen Einspruch erheben, sie waren auch verpflichtet, sie aktiv zu tragen und zu stützen.

Erste Opposition gegen die Aufhebung der innergewerkschaftlichen Demokratie

Schon während der Leninschen Periode regte sich gegen die faktische Aufhebung der innergewerkschaftlichen Demokratie eine lebhaftere Opposition. So beklagte z. B. Alexandra Kollontai als eine der Sprecher der „Arbeiteropposition“ die Praxis der „Ernennung“ von oben: „Die Ernennung, in besonderen Ausnahmefällen statthaft, ist zur ‚Regel‘ geworden. Die Praxis der Ernennung, dieses charakteristische Merkmal des Bürokratismus ist zu einer allgemein anerkannten, legitimen Erscheinung geworden. Die Praxis der Ernennung schafft eine ungesunde Atmosphäre in der Partei, weil sie die Gleichheit und die Kameradschaftlichkeit zerstört, sie fördert das Strebertum, leistet der Vetternwirtschaft und anderen schädlichen Erscheinungen unserer Partei- und Sowjetpraxis Vorschub. Die Praxis der Ernennung schwächt das Verantwortungsgefühl dessen, der von oben den unteren Dienststellen vorgesetzt wird und vertieft die Kluft zwischen den ‚Spitzen‘ und den ‚unteren Ebenen‘... Die Praxis, von oben her zu ernennen, muß beseitigt werden. ‚Bevollmächtigte‘ können nur Genossen sein, die von einem Parteitag oder einer Konferenz in die Führungszentren gewählt worden sind... Der öffentliche Charakter aller Maßnahmen, die Freiheit der Meinung und der Diskussion, das Recht auf Kritik... unter den Gewerkschaftsmitgliedern sind ein entscheidender Schritt zur Abschaffung des Systems des Bürokratismus“.⁶

Im Winter 1921 kam es zur Erhebung von Arbeitern und Matrosen in Kronstadt, die sich gegen die neue Zwangsherrschaft zur Wehr setzten. Auch in ihren Forderungen spiegelt sich die Kritik an den autoritär-bürokratisch gewordenen Gewerkschaften wider: „Mit Hilfe der staatlichen Gewerkschaften“ heißt es z. B. in einer Flugschrift, „fesselten sie die Arbeiter an ihre Werkbänke und machten so die Arbeit nicht zur Freude, sondern zu einer neuen Sklaverei. Auf die Proteste der Bauern, die in spontanen Aufständen zum Ausdruck kamen, und der Arbeiter, die schon durch die Lebensbedingungen selbst zu Streiks gezwungen waren, antworteten sie (die Behörden, I. F.) mit Massenerschießungen und mit einer Blutgießerei, die sie sich nicht erst bei den zaristischen Generälen auszuborgen brauchten. Das

⁶ Zit. nach F. Kool und E. Oberländer, Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur, Olten u. Freiburg 1967, S. 233 f.

werktätige Rußland, das als erstes die rote Fahne der Befreiung der Arbeit erhoben hatte, wurde vollkommen überflutet vom Blut derjenigen, die zum Ruhm der kommunistischen Herrschaft zu Tode gequält wurden. In diesem Meer von Blut ertränkten die Kommunisten alle großen und leuchtenden Verheißungen und Losungen der Arbeiterrevolution... Die Generäle des Kommunismus erkennen klar, daß das Volk sich erhoben hat, weil es überzeugt ist, daß sie die Ideen des Sozialismus verraten haben... Das aufständische Volk hat begriffen, daß man im Kampf mit den Kommunisten und gegen die von ihnen wiederhergestellte Leibeigenschaft nicht auf halbem Wege stehenbleiben kann. Man muß bis zum Ende gehen. Sie täuschen Konzessionen vor: sie beseitigen die Kontrollabteilungen (gegen Schleichhandel) im Petrograder Gouvernement, und zehn Millionen Goldrubel werden für den Kauf von Lebensmitteln im Ausland bewilligt. Man täusche sich aber nicht: hinter diesem Köder verbirgt sich die eiserne Faust des Herrn, des Diktators, der nur die Wiederherstellung der Ruhe abwartet, um sich seine Zugeständnisse hundertfach vergelten zu lassen.. ."⁷

Der Aufstand der Matrosen und Arbeiter von Kronstadt war der erste Versuch, den Widerspruch zwischen den Idealen des Sozialismus und der politischen und sozialen Wirklichkeit der neuen Diktatur revolutionär aufzuheben. Er ist im Blut erstickt worden. Sowohl die Losungen der Aufständischen als auch die Argumente der Sieger sollten noch oft wieder auftauchen. Wie 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei wurde auch 1921 in Kronstadt von ausländischen Agenten und Diversanten gesprochen, wurden die Führer des Aufstands als „Reaktionäre im Dienste der Weißgardisten“ verunglimpft.

Die Gewerkschaften als Helfer bei der „Planerfüllung“ unter Stalin

Mit dem Ende der Neuen Ökonomischen Politik (1928) und dem Ausbau der bürokratischen Herrschaftsordnung unter Stalin fiel auch noch der letzte Rest von selbständigen Betätigungsmöglichkeiten der Gewerkschaften weg. Die Gewerkschaften wurden jetzt ausschließlich als verantwortliche Mithelfer bei der pünktlichen Erfüllung der Pläne angesehen. Die Übereinstimmung der Interessen aller Werktätigen mit den Zielen und Plänen der Staats- und Parteimacht wurde metaphysisch dekretiert und als real unterstellt. G. D. Weinberg, der als Nachfolger des verhafteten Gewerkschaftspräsidenten Tomski an die Spitze der sowjetischen Gewerkschaften getreten war, meinte 1932 polemisch gegen einige „rückständige“ Gewerkschaftsideologen: „Heute hat sich im Bewußtsein einiger Genossen die Idee festgesetzt, daß die Gewerkschaften bei der Festlegung der Löhne genausoviel zu sagen haben wie der Betriebsleiter. Das ist eine linksopportunistische Abweichung,

7 a.a.O., S. 386 f.

ein Versuch, die Ein-Mann-Führung zu zerstören und in die Verwaltung einzugreifen, damit muß Schluß gemacht werden."⁸

Zu den gegenwärtigen Auswirkungen des orthodoxen Rollenverständnisses der Gewerkschaften

Für Josef Stalin, dessen ideologisches Erbe noch immer auf den Ländern des „real existierenden Sozialismus“ lastet, waren die Gewerkschaften prinzipiell von der Partei(führung) abhängig und vom Staat nicht zu trennen: „Stehen wir etwa auf dem Standpunkt der Unabhängigkeit unserer Gewerkschaftsverbände: der Staat sei eins, die Gewerkschaftsverbände aber seien etwas ganz anderes? Nein, auf einem solchen Standpunkt stehen wir nicht und können wir als Leninisten nicht stehen... Wer da glaubt, unsere Gewerkschaftsverbände könnten sich keine staatlichen Aufgaben stellen, gleitet auf den Standpunkt des Menschewismus hinab.“⁹

Klaus Westen stellt in seinem Buch „Die rechtstheoretischen und rechtspolitischen Ansichten Josef Stalins“ (Lindau und Konstanz 1959) zu Recht fest, „daß Gewerkschaften, die zu Staatsorganen geworden sind, aufgehört haben, Gewerkschaften, nämlich Interessenvertreter der Arbeiter zu sein, weil sich beides gegenseitig ausschließt, auch dann, wenn man behauptet, daß die Produktionsinstrumente und -mittel in Wirklichkeit allen Arbeitern gehören oder der Staat ein Staat der Proletarier sei, weil es Aufgabe von Gewerkschaften ist, die konkreten Wünsche und Interessen der Arbeiter zu vertreten, die zutiefst subjektiver Natur sind, während ... das Interesse bei Stalin und in der Sowjet-Theorie objektiv verstanden wird. Eine Vertretung dieses ‚objektiven Interesses‘ ist aber keine Interessenvertretung im Sinne gewerkschaftlicher Aufgaben“ (S. 154). Entscheidend ist, daß die Parteiführung ein — von den realen Interessen der Werktätigen völlig abstrahierendes — Interpretationsmonopol der „objektiven Interessen“ für sich in Anspruch nimmt.

Die „Kollektivverträge“, die zwischen Gewerkschaften und Betriebsdirektionen abgeschlossen werden, beziehen sich auf die Ausführung des Plans, die Verbesserung der Arbeitsorganisation, die ‚materielle und kulturelle Lage‘ der Arbeiter jedoch nicht auf Löhne und Arbeitszeit. Dem Vertragswerk liegt die Ideologie der völligen Übereinstimmung der Interessen zwischen Direktion und Arbeiterschaft zugrunde.

Die völlige Abhängigkeit und totale Integration der offiziellen staatlichen Gewerkschaften der Länder des „real existierenden Sozialismus“ kann man sogar an ihren Verfassungen ablesen. Für Gewerkschaften, wie alle anderen „gesellschaft-

⁸ Zit. nach S. M. Schwarz, Labor in the Soviet Union, New York 1952, S. 185.

⁹ J. Stalin, Werke, Bd. 8. Berlin 1959f., S. 164 f.

lichen Organisationen" gilt nämlich - nach wie vor-, daß sie prinzipiell von Parteimitgliedern geleitet werden müssen und faktisch, daß diese Parteimitglieder von den jeweils zuständigen Parteibehörden für diese Funktion ausgewählt oder doch „zuge lassen" werden. Auch wenn offiziell „Wahlen" von führenden Gewerkschaftsfunktionären stattfinden, sind die betreffenden Personen doch jeweils schon von Parteigremien „ausgewählt" und autoritativ „vorgeschlagen" worden. Eine innergewerkschaftliche Demokratie gibt es praktisch nicht. Um den Gewerkschaftsfunktionären ein gewisses Maß an Einfluß auf ihre Mitglieder zu verschaffen, vermitteln die Gewerkschaften in den Betrieben Urlaubs- und Sanatoriumsaufenthalte, sind sie bei der Beschaffung von Wohnungen behilflich usw. In Fällen krassen Mißbrauchs von Amtsgewalt fungieren Gewerkschaftsfunktionäre auch als Anwälte bzw. Kläger für ihre geschädigten Mitglieder. Es kommt auch vor, daß Betriebsleiter wegen krimineller Vergehen durch ihre Gewerkschaftsleiter angezeigt und von Gerichten verurteilt werden. In der Regel dürfte es jedoch zu internen Absprachen zwischen Betriebsleitung, Parteisekretär und Gewerkschaftsfunktionär kommen, die alle drei Angehörige der „Nomenklatura-Klasse" und in der Regel auf Beförderungen und Prämien erpicht sind.

In einer Reportage aus einem ungarischen Großbetrieb wird der Abstand zwischen der offiziellen Ideologie, die von der „Herrschaft der Arbeiterklasse" spricht und den realen Alltagserfahrungen von Industriearbeitern besonders deutlich. Zunächst befragt der Autor den „Genossen Doktor U., den Vizevorsitzenden" der Unternehmung. Auf die Frage nach den „Machtverhältnissen im Betrieb" antwortet der smarte junge Chef: „Also, es ist nicht ganz exakt von Macht zu sprechen. Die Macht, das ist bei uns ein abgeschlossenes Kapitel der Geschichte. Dieses Problem ist bereits gelöst. Zumindest solange die Imperialisten uns nicht angreifen. Im Betrieb geht es eher um Beziehungen der Einordnung und Unterordnung. Aber die Macht? Die Macht wurde von der Arbeiterklasse nach dem Zweiten Weltkrieg erobert. Das ist entschieden..." Als der Interviewer dennoch insistiert, betont der Vizedirektor es sei doch entscheidend, in „wessen Interesse" Macht ausgeübt werde, das dürfe man nie vergessen. An dieser Stelle gibt der Interviewer auf. Sein nächster Gesprächspartner ist ein etwa fünfzigjähriger Facharbeiter: „Ich liebe Initiative, Neuerungen, Erfindungen. Aber sie wollen mich nicht anhören, sagt er, mit dem Finger auf das Direktionsgebäude zeigend... Schon vor Jahren habe ich verlangt, man soll das Dach reparieren. Da ist ein großes Loch, durch das es hereinregnet. Das dürfte noch ein Bombenschaden aus dem Krieg sein, und die Nässe schadet den Maschinen. Wir haben auch größere Fenster und bessere Lüftung verlangt. Im Sommer ist das ein richtiger Backofen. Sie sehen es ja selbst. Die oben ignorieren unsere elementarsten Forderungen. Sie sagen immer, es ist kein Geld da. Aber sie haben Betriebsfernsehen installiert, um uns zu überwachen. Das hat Millionen gekostet. Für anständige Klosetts ist kein Geld da. Aber Geld genug für Wolgas und Mercedes! Und weil ich solche Dinge verlange, nennen sie mich einen Demago-

gen... Vor dem Krieg hat man mich einen dreckigen Kommunisten genannt, jetzt nennt man mich Demagog."¹⁰ Auf die Frage was sich „im Sozialismus für ihn wirklich geändert habe" meint der Facharbeiter: „Aber Sozialismus das ist doch nicht nur Lebensstandard (der sich bei den ungelerten Arbeitern immerhin verbessert habe). Wollen Sie vielleicht sagen, daß jetzt alles hier dem Volk, der Arbeiterklasse gehört? Volkseigentum, Arbeitereigentum, wie man sagt? Alles Propaganda! Man fragt uns nie um unsere Meinung, sie machen, was sie wollen. Sie sind die Chefs, die neuen Chefs. Kann ich vielleicht ihre Entscheidungen über die Löhne beeinflussen? Keine Spur, nicht um einen Groschen. Wenn man mehr verdienen will und im Akkord steht, muß man schneller arbeiten. Aber dann läuft man Gefahr, daß sie die Normen erhöhen, und das ist den Arbeitskollegen natürlich nicht recht. Oder man muß zum Karrieristen werden, den Oberen schmeicheln, damit sie einem Prämien und andere Vergünstigungen geben. Das hier ist nicht Jugoslawien. Keine Streiks. Bei der geringsten Unruhe, und wenn wir tausendmal recht haben, rufen sie den Werkschutz und die Polizei. Natürlich, zuerst versuchen sie, die Gemüter zu beruhigen, dann drohen sie, und wenn es nichts nützt, rufen sie die Polizei. Nein, hier in unserem Betrieb hat es so etwas nicht gegeben, hier geht es irgendwie, ich weiß. Über die Löhne wird an höchster Stelle entschieden. Teilnahme an der Ausarbeitung der Produktionspläne? Keine Rede! Sie sagen uns immer wieder, wir verstehen das nicht. Und daß es nicht unsere Angelegenheit ist."¹¹

Folge dieser totalen Bevormundung ist ein niedriges Arbeitstempo. Die solidarische Arbeitsbummelei ist das einzige und letzte Kampfmittel, das den um ihre selbständige Interessenvertretung betrogenen Arbeitern in jenen Ländern geblieben ist. „Die Arbeitermacht ist ein Mythos", sagt ein Veteran der Arbeiterbewegung, auf diese Formel kann man jede realistische Beschreibung der sozialen Verhältnisse in Ländern des „real existierenden Sozialismus" bringen.

Die Herrschaft der Nomenklaturaklasse wird nach wie vor durch die Berufung auf den „Marxismus-Leninismus" legitimiert. Aufrecht erhalten aber wird sie vor allem durch die Verhinderung jeder autonomen Verbindung unter der machtunterworfenen Bevölkerung. Alle Mittel zur Herstellung solidarischer Assoziationen sind in der Hand der Partei- und Staatsführung. Marc Racovski hat diesen Tatbestand theoretisch zu fassen gesucht: „Die Machthierarchie gibt sich beständig Mühe, jegliche Form solidarischer Kollektivität der Arbeiter zu zersetzen, aber in diesem Bemühen trifft sie oft genug auf unüberwindliche Hindernisse - unüberwindlich zumindest für eine gewisse Zeit - wie jene, die aus technischen Erfordernissen der Produktion erwachsen. Je mehr die Technologie der Arbeit einen kooperativen Charakter annimmt, um so größer ist das Manövriertfeld der Arbeiterkollektivität. Diese Kollektivitäten wenden manchmal eine koordinierte und hart-

¹⁰ D. J. Viriat (Pseud.), Ein Großbetrieb in der Volksdemokratie. Eine soziologische Enquete, 1973, Zit. nach A. Hegedüs u. a., Die neue Linke in Ungarn. Bd. 1, Berlin 1974, S. 149f.

¹¹ a.a.O., S. 151

näckige Taktik zur Verteidigung ihrer Interessen an: z. B. Produktionsverzögerung. Aber die Mehrzahl der Arbeiterinteressen verlangt zu ihrer effektiven Vertretung eine Koordination auf höherer Ebene. Und auf dieser Ebene werden alle Koordinationsmechanismen durch die Ganzheit von Betriebs-Partei-Gewerkschaftsführung monopolisiert. Wohlgermerkt reicht diese Enteignung der organisatorischen Instrumente der Arbeit nicht aus, um die Möglichkeit wilder Streiks auszuschließen. Aber sie ist ausreichend, um eine organisatorische Konsolidierung der Ergebnisse direkter Aktionen zu verunmöglichen und zu verhindern, daß wirkliche Eroberungen und politische Erfahrungen akkumuliert werden ..¹²

Diese „Enteignung der organisatorischen Instrumente der Arbeit“ — die Monopolisierung aller zentralen Organisationen durch die Parteihierarchie — hatte die selbständige Gewerkschaft *Solidarność* für mehr als ein Jahr aufgehoben. Für fast anderthalb Jahre gab es wieder eine selbständige Organisation der Arbeiterklasse in Polen. Die realen Machtverhältnisse waren infrage gestellt, wenn auch nicht grundsätzlich schon verändert. Die Lüge, deren Verbreitung von den Inhabern der Monopolmacht betrieben wird, war offenbar geworden. Man sagt, daß bei „freien Wahlen“ die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei nur 3 Prozent der Stimmen erhalten würde. In wenigen Monaten jedenfalls traten der neuen Gewerkschaft 10 Millionen Mitglieder bei, das war mehr als die Hälfte der gesamten Arbeiterschaft. Ein Teil des führenden Partei- und Staatsapparates hielt offenbar einen Kompromiß mit dieser neuen gesellschaftlichen Kraft für möglich und sinnvoll. Eine demokratisch legitimierte Gewerkschaftsbewegung wäre ein zuverlässigerer Partner für die Staatsmacht gewesen als eine manipulierte Zwangsorganisation, die keinerlei Prestige bei der Bevölkerung hat. Aber das Schwergewicht dieser demokratisch legitimierten Organisation wäre auf die Dauer doch zu groß gewesen, um einen bloßen Macht-Kompromiß aufrechtzuerhalten. Das völlige Fehlen von Legitimität der herrschenden Nomenklatura-Klasse hätte früher oder später zum Zusammenbruch dieser Herrschaft führen müssen. Einzig denkbare Rettung wäre eine ehrliche Demokratisierung des Regimes gewesen, vor der aber schreckten vor allem die Nutznießer der Monopolmacht aus begrifflichen Gründen zurück. Nicht die guten Gesinnungen — auch nicht der polnische Patriotismus — bestimmten die Entwicklung politischer und sozialer Verhältnisse, sondern die Interessen der sozialen Klassen und Gruppen. Paradoxiertweise hat die Marxsche Einsicht vom Gewicht sozialer Interessen wieder einmal ihre Triftigkeit bewiesen, ausgerechnet in dem Augenblick, wo der Versuch einer Demokratisierung eines Landes des „real existierenden Sozialismus“, der sich auf Marx beruft, scheiterte. Die von der Gewerkschaft „*Solidarność*“ gewollte „gebremste Revolution“, die sich mit einer bloßen Kontrolle des anerkannten Staatsapparates begnügen wollte, hat sich als undurchführbar erwiesen, weil die Nomenklatura-Klasse sich nicht über den Schatten ihrer manifesten privilegierten Interessenlage hinwegzusetzen vermochte und weil es ihr die sowjetischen „Brüder“ auch kaum erlaubt haben würden.

12 Zit. nach A. Hegedüs u. a., *Die Neue Linke in Ungarn*, Bd. 2, Berlin 1976. S. 139.